

Die Angst vor der Privatisierung

STADTPOLITIK. Warum Wiens SP-Regierung derzeit vor Ausgliederungen scheut, die Opposition um ihre Kontrollrechte fürchtet und vor Verschleierungen warnt.

VON GERHARD BITZAN

WIEN. Beim Thema Privatisierung pflegt die Wiener SP-Stadtregerung heftig bis allergisch zu reagieren. So geschehen vor etwa zwei Jahren, als der damalige Vizebürgermeister Sepp Rieder in einem „Presse“-Interview Ausgliederungen bei der Müllabfuhr andachte und wenig später von Bürgermeister Michael Häupl persönlich zurückgepfiffen wurde. Und so geschehen vor wenigen Wochen, als – wieder in der „Presse“ – über Ausgliederungen bei der MA 30 (Kanal) spekuliert wurde. Es gab heftige Dementis, SP-Klubchef Christian Oxonitsch sprach sogar von „Blödsinn“.

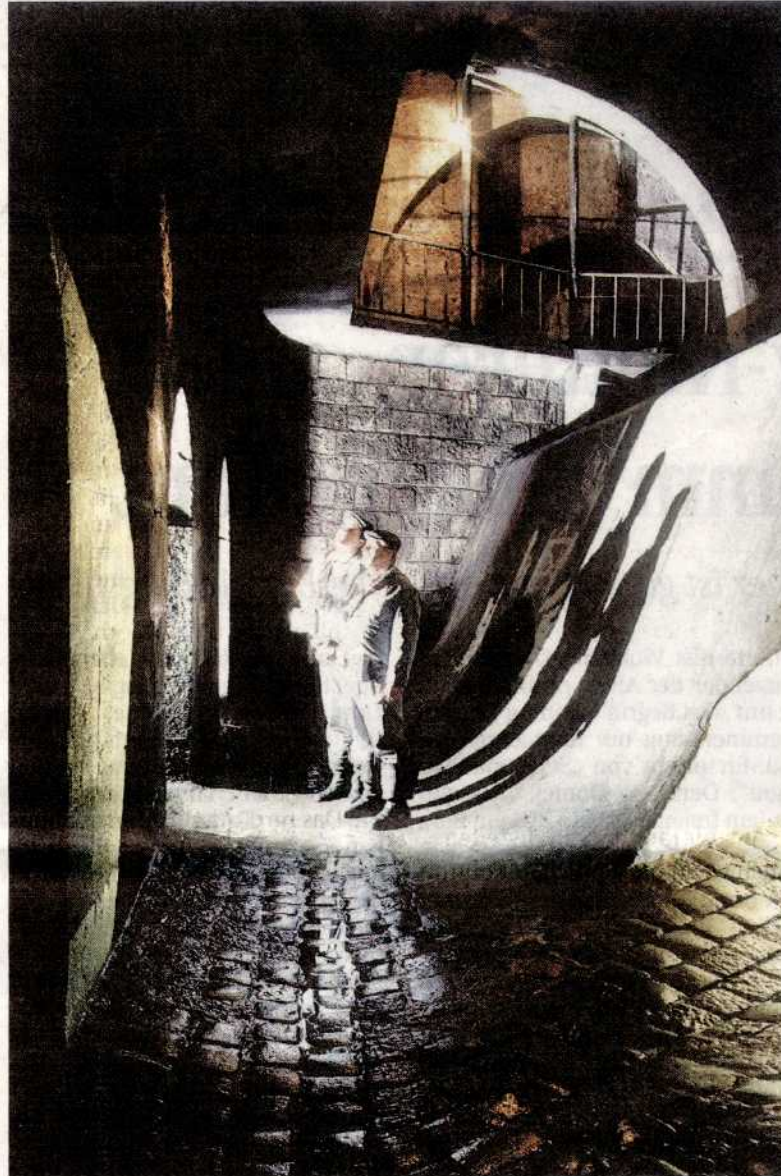
Tatsache ist, dass hinter den Kulissen sehr wohl an der Umstrukturierung der MA 30 gearbeitet wird. Allerdings wird nicht im klassischen Sinne privatisiert, sondern die MA 30 soll eine „Unternehmung der Stadt Wien“ werden. Eine solche hat zwar mehr wirtschaftliche Freiheiten als eine normale Magistratsabteilung (siehe Bericht unten), ist aber per definitionem nicht ausgegliedert. Auch im Büro von Umweltstadträtin Ulli Sima wird auf Anfrage betont, dass die MA 30 sicher „Teil des Magistrats bleibt“.

„Eine MA hat nicht die Beweglichkeit, um am Markt agieren zu können.“

Rudolf Gerlich, Magistratssprecher

Warum Umstrukturierungen überhaupt notwendig sind, begründet Rudolf Gerlich, Sprecher der Magistratsdirektion, mit wirtschaftlichen Gründen. „Heute ist es wichtiger denn je, auf dem Markt bestehen und wirtschaftlich schnell agieren zu können. Aber eine MA hat nicht die wirtschaftliche Beweglichkeit, um am Markt zu reagieren.“

Vor allem seit dem EU-Beitritt und der Globalisierung hätten sich in Wien die Rahmenbedingungen stark verändert. Als Beispiel nennt Gerlich die Wiener Stadtwerke, die



Im Rathaus wird über eine Umstrukturierung der MA 30 nachgedacht, die für Wiens Kanalisation zuständig ist. (Im Bild: Multimedia-Show „Der dritte Mann“) [APA]

früher eine Unternehmung der Stadt Wien waren. „Da waren für jede kleine Entscheidung, für jede Tarifierhöhung Gemeinderatsbeschlüsse nötig.“ Ähnlich auch bei der Wien-Energie, die einst eine MA war. „Vor 50 Jahren war das kein Problem, aber heute treffen diese Institutionen der Stadt auf den Markt.“

Laut Gerlich betreffe es daher auch nur Bereiche, die wirtschaft-

lich agieren. Soziales oder auch Bereiche wie Stadtplanung seien von einer potenziellen Ausgliederung ganz gewiss nicht betroffen.

Soweit die Argumente des Magistrats. Aus dem Blickwinkel der Opposition sieht das schon etwas anders aus. „Mit solchen Ausgliederungen wird das Unternehmen dem Zugriff des Gemeinderates und teilweise auch des Kontrollamtes entzogen“, argumentiert VP-Klubchef Matthias Tschirf. Die Stadt könne damit viel verschleiern und müsse die Opposition nur wenig einbinden.

„Ausgliederungen entziehen das Unternehmen der Kontrolle des Gemeinderats.“

Matthias Tschirf, VP-Klubchef

Dabei gibt es in Wien ja ohnehin keine echten Ausgliederungen, wo Private den Betrieb übernehmen. Denn selbst bei privatisierten Gesellschaften wie der Wien Holding oder den Wiener Stadtwerken ist der Eigentümer ja immer noch zu hundert Prozent die Stadt Wien.

Die Opposition vermutet daher neben den Verschleierungen noch andere Gründe, warum es überhaupt „Privatisierungen“ in Wien gibt. So etwa die Möglichkeit, SP-Mitglieder oder Sympathisanten in wichtigen Wirtschaftszweigen unterzubringen und damit Stadtnähe zu bewahren. Oder auch die Chance, das Budget zu entlasten bzw. den Personalstand des Rathauses zu senken.

Zum besten Beispiel für Verschleierung ist zuletzt der Skandal um den neuen Riesenrad-Vorplatz geworden. Da wurde über eine komplizierte Firmen-Konstruktion der Platz geplant und beauftragt – mit anschließender Pleite des Generalunternehmers. Die Stadt fühlt sich, weil in dem Fall nicht direkt aktiv geworden, nicht zuständig. „Die zuständige Stadträtin Laska kann sich da aber sicher nicht abputzen“, meint die Grüne Sabine Gretner, die nicht müde wird, die politische Verantwortung der Stadt bzw. Laskas herauszuheben.

AUF EINEN BLICK

■ Ausgliederungen in Wien.

Die MA 30 (Kanal) soll umstrukturiert werden, aber im direkten Einflussbereich des Magistrats bleiben. Vor größeren Privatisierungen scheut die Stadtregierung derzeit zurück.